

Dringliche Interfraktionelle Interpellation GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GFL, SVP (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Francesca Chukwunyere, GFL/Matthias Humbel GFL/Janosch Weyermann, SVP): Entschiedenenes Handeln gegen Antisemitismus an Berner Schulen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie bewertet der Gemeinderat das Ausmass des Antisemitismus an Berner Schulen und wofür stützt er seine Einschätzung? Hat sich diese in den letzten Wochen verändert?
2. Werden Vorfälle von Antisemitismus in den Schulen systematisch erfasst? Wenn ja mit welcher Methode?
3. Welche Massnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus in Schulen werden aktuell umgesetzt oder sind in Zukunft geplant?
4. Wohin können sich Betroffene, Lehrpersonen und Schulleitungen wenden, um Unterstützung und Beratung zu erhalten?
5. In welcher Form wird Unterrichtsmaterial von auf unterschiedliche Ausprägungen von Antisemitismus sensibilisierten Personen auf antisemitische Inhalte systematisch überprüft?
6. Welche Verantwortung und Funktion übernimmt die Fachstelle für Migration und Rassismusfragen (FMR) bei der Bekämpfung von Antisemitismus in Schulen?
7. Welche Rolle spielen die Schulkommissionen bei der Adressierung und Prävention von Antisemitismus?

Begründung

Bund / BZ berichten in ihrer Ausgabe vom 6. März 2024 über ein Schreiben jüdischer Eltern, antisemitische Vorfälle hätten an Schulen «ein nie dagewesenes Ausmass» erreicht. Es werden unter anderem Mobbingfälle, Klassenwechsel aufgrund anhaltender israelbezogener Feindlichkeiten aufgeführt und Familien erwähnt, die sich nicht mehr getrauen, ausserhalb der eigenen Wohnung hebräisch zu sprechen. Eltern halten Jugendliche offensichtlich an, ihre jüdische Identität in der Schule zu verbergen, um keine Nachteile zu erleiden. In einem Interview vom 9. März 2024 berichtet Rabbi Jehoschua Ahrens, dass er Kenntnis von Vorfällen in praktisch allen Berner Schulen hat: «Jüdische Kinder werden gemobbt und zum Teil auch physisch angegriffen, einfach weil sie jüdisch sind.» Die Antwort der Direktion für Bildung Soziales und Sport vom 4. März 2024 auf ein Schreiben von betroffenen und besorgten Eltern zeigt, dass ein tiefgreifendes Verständnis zum Antisemitismus fehlt. Davon zeugt auch der Umstand, dass im Rahmen der diesjährigen Aktionswoche gegen Rassismus trotz grosser Aktualität bei der Veröffentlichung des Programms keine einzige Veranstaltung zu diesem Thema geplant war. Gemäss Aussagen in besagtem Schreiben der BSS sind auch zukünftig keinerlei spezifische Massnahmen zur Bekämpfung des wachsenden Antisemitismus geplant. Vielmehr wird es den einzelnen Fachpersonen überlassen, «aktuelle weltpolitische Geschehnisse» aufzugreifen. Damit werden die Aussagen Betroffener nicht ernstgenommen. Statt klar gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen, wird lapidar darauf verwiesen, dass Lehr- und Betreuungspersonen kompetent darin seien, ein Klima des Miteinanders zu schaffen. Beispiele aus einem Artikel in der Berner Zeitung vom 9. März zeigen aber, dass Lehrpersonen überfordert oder schlicht zu wenig sensibilisiert sind zum Thema Antisemitismus. Der Verein «Never again is now» äussert im Artikel, dass er beim Lehrpersonal «eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit Entwicklungen seit dem 7. Oktober» wahrnimmt.

Dringlichkeit

Wird für den Vorstoss Dringlichkeit verlangt? Ja

Kurze Begründung:

Aufgrund des zunehmenden Antisemitismus an Berner Schulen in den letzten Monaten sowie des jüngsten antisemitisch motivierten Anschlags eines 15-Jährigen gegen einen SO-jährigen Juden in Zürich am 2. März hat das Thema eine Wichtigkeit erlangt, welche eine dringliche Behandlung rechtfertigt.

Bern, 14. März 2024

Erstunterzeichnende: Bettina Jans-Troxler, Debora Alder-Gasser, Simone Richner, Milena Daphin-off, Bernadette Häfliger, Maurice Lindgren, Francesca Chukwunyere, Janosch Weyermann, Matthias Humbel

Mitunterzeichnende: Emanuel Amrein, Gabriela Blatter, Yasmin Amana Abdullahi, Michael Hoekstra, Claude Grosjean, Salome Mathys, Nik Eugster, Florence Pärli Schmid, Ursula Stöckli, Thomas Hofstetter, Oliver Berger, Lionel Gaudy, Sibyl Eigenmann, Alexander Feuz, Lukas Wegmüller, Chandru Somasundaram, Lena Allenspach, Laura Binz, Nora Krummen, Nicole Silvestri, Timur Akçasayar, Ingrid Kissling-Näf, Szabolcs Mihalyi, Tom Berger

Antwort des Gemeinderats

Rassismus und Antisemitismus sind tief in unserer Gesellschaft verankert, wie andere Formen von Diskriminierung auch (geschlechtsbezogene Diskriminierung, Ableismus, Gewichtsdiskriminierung usw.). Es handelt sich um gesamtgesellschaftliche Probleme, welche die Stadt mit viel Engagement und Ausdauer angehen muss. Die Stadt investiert mit drei Fachstellen in die Gleichstellung von Menschen und engagiert sich damit gegen Diskriminierung. Bern ist seit 2009 Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus an Schulen ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen und ist mit verschiedenen Ansätzen im Schwerpunkteplan Migration und Rassismus verankert.

In Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen und der PHBern führt das Schulamt seit dem Schuljahr 2022/23 das Netzwerk rassismuskritische Schule für Lehrpersonen. Das Netzwerk hat auch Antisemitismus auf der Agenda.

Vor dem Hintergrund des aktuellen Nahost-Konflikts hat sich die Stadt erstmals im 3. Quartal 2023 aktiv an die Schulen und die Schulsozialarbeit gewandt und sich über die Situation im Hinblick auf aufkeimenden Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus erkundigt. Es gab vereinzelte Rückmeldungen zu Vorfällen. Das Schulamt und die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen haben den Schulen Informationsmaterial zum Nahostkonflikt sowie Angaben zu Melde- und Beratungsstellen zukommen lassen.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat geht davon aus, dass Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus vor dem Hintergrund des aktuellen Nahost-Konflikts gesamtgesellschaftlich virulenter geworden und deshalb auch in den Schulen seit dem 7. Oktober 2023 verbreiteter sind.

Das tatsächliche Ausmass an Stadtberner Schulen ist nicht bekannt. Der Gemeinderat ist über vereinzelte Vorfälle informiert. Dabei handelt es sich um Vorfälle, von denen erwachsene Personen, namentlich Erziehungsberechtigte und/oder Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulsozialarbeitende, Kenntnis haben. Wie bei allen Formen von Diskriminierung geht die Stadt davon aus, dass die Dunkelziffer gross ist.

Dem Gemeinderat liegt zudem eine Fallsammlung aus Schulen aus dem Raum Bern vor. Eltern des Vereins «Never Again Is Now» (NAIN) haben diese Sammlung von Vorfällen erstellt. Die Fallsammlung macht nicht transparent, welche der aufgeführten Vorfälle sich in Stadtberner Schulen ereignet haben.

Zu Frage 2:

Die systematische Erfassung von Rassismuvorfällen läuft über das nationale Dokumentations- und Monitoringsystem (DoSyRa). Dort werden die Fälle der verschiedenen Meldestellen zusammengeführt. Die Meldestelle für die Stadt Bern ist das ggfon. Das ggfon ist ein Informations- und Beratungsangebot von Gemeinden aus dem Kanton Bern zu den Themen Rassismus/rassistische Diskriminierung, Gewalt im öffentlichen Raum und Rechtsextremismus. Die Stadt hat eine langjährige Kooperation und eine Leistungsvereinbarung mit dem ggfon.

Ebenfalls auf nationaler Ebene erstellt der Schweizerisch Israelitische Gemeindebund SIG den Antisemitismusbericht. Da Antisemitismus in den Schulen virulenter geworden ist, soll die Informationslage auf städtischer Ebene verbessert werden. Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport erarbeitet deshalb eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Meldestelle des SIG.

Ebenfalls geplant ist eine Arbeitsgruppe unter der Leitung der Direktion für Bildung, Soziales und Sport, in deren Rahmen unter anderem die Meldestellen regelmässig zusammenkommen, um eine bessere Lageeinschätzung vornehmen zu können.

Zu Frage 3:

Die Schulen sind vielseitig aktiv bei der Bekämpfung von Diskriminierungsformen und der Etablierung eines friedlichen Miteinanders. Für Mai 2024 plant die Stadt eine Umfrage bei den Schulen, um detailliertere Angaben – auch spezifisch zu Antisemitismus – zu erheben.

Zu Frage 4:

Erste Ansprechstelle im Schulkontext ist die schulische Sozialarbeit, die in allen Stadtberner Schulen etabliert ist (auch anonyme Meldungen sind möglich). Im Rahmen des Schwerpunkteplans Migration und Rassismus 2022 – 2025 stärkt die Schulsozialarbeit ihre diesbezüglichen Kompetenzen laufend und erarbeitet unter Beizug verschiedener Fachstellen Hilfsmittel.

Für Interventionen und Beratung können die Schulen zudem die städtische Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention beiziehen. Auch das ggfon bietet Beratungen und Begleitung bei antisemitischen Vorfällen. Bei Bedarf vermitteln das Schulamt und die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen Kontakte zu Personen und Organisationen, die bei spezifischen Fragen und Problemstellungen beigezogen werden können.

Zu Frage 5:

Die offiziellen Lehrmittel werden vom Kanton festgelegt und geprüft. Unterrichtsmaterial wird seitens der Stadt Bern nicht systematisch auf antisemitische Inhalte überprüft. Die Lehrpersonen entscheiden, mit welchem Material sie unterrichten. Diskriminierungsfreies Lehr- und Lernmaterial ist heute im Schulkontext aber ein präsent Thema, das auch im Netzwerk rassismuskritische Schule besprochen wird, wodurch die Lehrpersonen diesbezüglich sensibilisiert werden.

Zu Frage 6:

Die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen (FMR) berät Institutionen und Organisationen aus der Stadt Bern, informiert und sensibilisiert. Stadtverwaltungsexterne Akteur*innen wie Schulleitungen und Lehrpersonen können die FMR beratend beiziehen. Hingegen hat die FMR keine Möglichkeit, verbindliche Kooperationen mit stadtverwaltungsexternen Akteur*innen einzufordern.

Eine verbindliche Kooperation im Schulkontext besteht im Rahmen des Schwerpunkteplans Migration und Rassismus mit der Schulsozialarbeit. Die Schulsozialarbeit hat ihre Fachexpertise gemeinsam mit der FMR gezielt ausgebaut, um sich noch stärker als Ansprechstelle für Rassismus und Antisemitismus im Schulkontext zu positionieren. Derzeit wird ein Leitfaden zum Thema Mobbing erarbeitet. Die FMR ist hier ebenfalls beteiligt. Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus werden ein zentraler Bestandteil sein.

Die Fachstelle für Migration und Rassismusfragen hat die 13. Aktionswoche der Stadt Bern gegen Rassismus vom März 2024 dem Fokusthema «Schule und Bildung» gewidmet. Die Veranstaltungen der Aktionswoche werden durch Organisationen der Zivilbevölkerung angeboten. Die Fachstelle schreibt die Teilnahme breit aus. Da keine Eingaben eingegangen sind, die sich explizit auf Antisemitismus bezogen haben, ist die Fachstelle dieses Jahr vom üblichen Vorgehen abgewichen und hat proaktiv dafür gesorgt, dass eine Veranstaltung zu antisemitismuskritischer Bildung stattfinden konnte. Zudem hat sie Antisemitismus auch in der Plakatkampagne zur Aktionswoche aufgegriffen.

Zusammen mit dem Schulamt und der PHBern führt die Fachstelle das Netzwerk rassismuskritische Schule. Das Netzwerk bietet Grundlagen und Austausch zu Rassismus, rassismuskritischer Schulkultur/Lehre, Austausch zu Rassismussvorfällen an Schulen und *Best Practices* (Handlungsoptionen und Umsetzungsmassnahmen). Das Netzwerk thematisiert auch spezifisch Antisemitismus. So findet beispielsweise im kommenden Schuljahr 2024/25 eine Veranstaltung zum Thema statt.

Zu Frage 7:

Die Schulkommissionen sind die vorgesetzten Stellen der Schulleitungen und für strategische Fragen verantwortlich. In dem Sinne sind sie auch eine Eskalationsstelle, wenn sich beispielsweise Erziehungsberechtigte in Zusammenhang mit antisemitischen Vorfällen von der Schulleitung nicht ernstgenommen fühlen.

Bern, 8. Mai 2024

Der Gemeinderat